



# **Niederschrift**

## **Wirtschaftsausschuss**

19. Wahlperiode - 45. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 13. Mai 2020, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Hartmut Hamerich (CDU)

Andreas Hein (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Lukas Kilian (CDU)

Thomas Hölck (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Kay Richert (FDP)

Volker Schnurrbusch (AfD)

Lars Harms (SSW)

i. V. von Flemming Meyer

### **Weitere Abgeordnete**

Peer Knöfler (CDU)

Regina Poersch (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus zum aktuellen Sachstand und den weiteren geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie in Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
<b>b) Bericht der Landesregierung über Maßnahmen für die Tourismuswirtschaft im Zeichen der Coronakrise</b>	<b>5</b>
Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (AfD) Umdruck 19/3967	
<b>2. Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus zum aktuellen Sachstand zu den Coronahilfen und den Förderprogrammen des Landes</b>	<b>12</b>
<b>3. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand zur Zukunft der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft und Beschäftigten</b>	<b>13</b>
Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD) Umdruck 19/3989	
<b>4. Mindestlohn auch für Jugendliche</b>	<b>14</b>
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1864	
<b>5. Klimaschutz im Straßenverkehr - jetzt!</b>	<b>15</b>
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1899	
<b>6. Arbeits- und Gesundheitsschutz in Schleswig-Holstein</b>	<b>16</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 19/1756	
hierzu: Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 19/1394	
<b>7. Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion</b>	<b>17</b>
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1931	
<b>8. Autozugverkehre Sylt in Nahverkehr integrieren</b>	<b>18</b>
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1536	

<b>9.</b>	<b>Fahrverbot beim Wenden in der Rettungsgasse</b>	<b>19</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1532	
<b>10.</b>	<b>Verbraucherinnen und Verbraucher im Diesel-Skandal schützen: Einführung der Musterfeststellungsklage</b>	<b>20</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/145	
	<b>Emissionssenkung im Straßenverkehr</b>	<b>20</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/203	
<b>11.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs</b>	<b>21</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2107	
<b>12.</b>	<b>Landesweit kostenloses freies WLAN</b>	<b>22</b>
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2041	
<b>13.</b>	<b>Bericht zur Vermietung von Ferienunterkünften über Online-Buchungsportale</b>	<b>23</b>
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2120	
<b>14.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>24</b>

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. a) **Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus zum aktuellen Sachstand und den weiteren geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie in Schleswig-Holstein**

b) **Bericht der Landesregierung über Maßnahmen für die Tourismuswirtschaft im Zeichen der Coronakrise**

Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (AfD)  
[Umdruck 19/3967](#)

hierzu: [Umdrucke 19/4027](#), [19/4126](#)

Herr Dr. Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, erklärt einleitend, nach der ersten Phase, des Lockdowns, sei es in der zweiten Phase im Wesentlichen darum gegangen, die Liquiditätsslage der Unternehmen zu stützen und das stufenweise Wiederanfahren der Wirtschaft mit all den damit verbundenen Schwierigkeiten zu regeln. Mit der Einzelhandelsöffnung sei dort bereits ein großer Schritt gemacht worden. Darüber habe er bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses berichtet.

Heute könne man - rückblickend und immer vor dem Hintergrund des Maßstabs des sich entwickelnden Infektionsgeschehens - feststellen, dass diese Öffnung in Schleswig-Holstein erfolgreich verlaufen sei. Die Abstandsregelungen und Hygienevorschriften seien offenbar ausreichend gewesen, um ein erneutes Anwachsen des Infektionsgeschehens zu verhindern. Extrem wichtig für die Zukunft sei der verantwortungsvolle Umgang aller Verantwortungsträger mit den jetzt nach und nach wieder gewährten Freiheiten.

Zu konstatieren sei aber auch, dass der Umsatz im Einzelhandel längst noch nicht wieder so sei wie vor Corona. Hier liege man derzeit bei etwa 40 bis 50 % des Umsatzes im Vergleich zu der Zeit vor Corona. Die Pandemie werde auch noch in den kommenden Monaten weiter große Folgen für das Wirtschaftsleben in Schleswig-Holstein haben. Auch wenn die Lockerungen in Deutschland weitestgehend aufgehoben würden, werde das Wirtschaftsleben noch nicht wieder normal verlaufen, denn Zulieferketten seien weiter unterbrochen und Absatzmärkte teilweise nicht ansteuerbar. Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein sei nicht nur davon abhängig, was die Landesregierung in Schleswig-Holstein zulasse, sondern auch vom globalen Markt. Es werde also einige Zeit dauern, um hier wieder zu einer Normalität zu kommen.

Große Sorgen bereite ihm die Größenordnung des Wirtschaftseinbruchs, die jetzt noch nicht abschätzbar und vorherzusehen sei.

Er führt weiter aus: Auswirkungen der Pandemie ergäben sich auch für den wichtigen Bereich des Verkehrswesens. In Schleswig-Holstein habe man versucht, trotz der Pandemiesituation die Verkehre so weit wie möglich fahren zu lassen. Der Betrieb sei also aufrechterhalten worden, obwohl die Beförderungsentgelte nicht wie vor der Pandemie geflossen seien. Das führe jetzt natürlich zu einer katastrophalen Finanzsituation bei den Bus- und Schienenunternehmen. Vor dem Hintergrund seien sich die Länder mit dem Bundesverkehrsminister darüber einig, dass der öffentliche Personennahverkehr einen Schutzschirm benötige, mit dem die Last so verteilt werde, dass die Unternehmen, die Länder und der Bund die durch die Pandemie entstandenen Lasten gemeinsam tragen könnten. Dazu werde es morgen Nachmittag eine Verkehrsministerkonferenz geben. Während sich die 16 Bundesländer darin einig seien, dass das nicht allein ohne den Bund zu stemmen sein werde, vertrete der Bund dazu bisher noch die Auffassung, dass die Länder durch die gerade erhöhten Regionalisierungsmittel diese Last ohne weitere Beteiligung vom Bund übernehmen sollten. Deshalb bitte er die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, sich bei ihren Parteikollegen auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Last gleichmäßig auf alle Schultern, auch auf die Schultern des Bundes, verteilt würden.

Ein wichtiges Thema im Rahmen der gestern stattgefundenen Wirtschaftsministerkonferenz der norddeutschen Bundesländer seien die Werften gewesen. Es sei klar, dass diese noch weitere Unterstützung des Staates benötigten. Man müsse dazu kommen, staatliche Bürgschaften für die Bauzeitfinanzierung und die Bestellung von Schiffen geben zu können. Dazu müsse vom Bund ein Finanzvolumen für Rückbürgschaften in auskömmlicher Höhe zur Verfügung gestellt werden.

Im Bereich des Arbeitsmarktes mache ihm derzeit vor allem die Ausbildungsmarktsituation große Sorgen. Viele Unternehmen schlossen angesichts ihrer derzeitigen Lage keine Ausbildungsverträge ab, sodass zu befürchten sei, dass das Ausbildungsplatzangebot im Land massiv einbrechen werde. Er appelliere deshalb an alle Beteiligten, an ihren Ausbildungsplätzen festzuhalten und alles zu versuchen, auch für die Jahre nach der Pandemie Vorkehrungen zu treffen. Die Landesregierung setze sich gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und dem Bund dafür ein, einen Attraktivitätsanreiz dafür zu schaffen, die Ausbildungsplätze zu erhalten. Au-

ßerdem habe das Land Vorkehrungen für ein eigenes Programm getroffen, um Ausbildungsverträge übernehmen zu können, wenn es zu einer Insolvenz eines Ausbildungsbetriebes komme, damit die Auszubildenden trotzdem ihre Ausbildung zu Ende bringen könnten.

Im Folgenden stellt Minister Dr. Buchholz die weiteren Schritte im Bereich des Tourismus, zur Wiedereröffnung des touristischen Reiseverkehrs im Land, vor. Der touristische Einreisestopp im Land gelte nur noch bis kommenden Montag. Angesichts des derzeitigen Infektionsgeschehens sei eine Verlängerung nicht mehr haltbar. Das gelte aus seiner Sicht auch für das Betretungsverbot der Inseln. Wenn man jetzt die gastronomischen Angebote und die Beherbergungsbetriebe wieder öffne, sei allerdings absehbar, dass es in einigen Hotspots - insbesondere durch Tagestouristen - sehr voll werden könne. Vor dem Hintergrund müssten die Kreise Maßnahmen treffen, um zu große Menschenansammlungen zu verhindern. Die Kompetenz dafür liege bei den Kreisgesundheitsbehörden.

Dennoch wolle das Land natürlich nicht einfach sagen: Macht ihr mal, seht zu, wie ihr klar kommt! Deshalb habe das Land eine koordinierende Rolle übernommen. Es zeige in seinem Konzept zur Regulierung des Tagestourismus, [Umdruck 19/4126](#), Maßnahmen auf, die vor Ort ergriffen werden könnten, und weise auf Dinge hin, die zu beachten seien. Diese Handreichung für den Tagestourismus habe man gestern den Kreisen zur Verfügung gestellt.

Er habe großes Verständnis dafür, wenn Kommunen und Gesundheitsämter sagten, in dieser Phase, insbesondere über die Feiertage Himmelfahrt und Pfingsten, sei die Lage so unübersichtlich und das Risiko so groß, dass man zu dem Schluss komme, dass Tagestouristen an diesen Wochenenden nicht zugelassen werden könnten.

Minister Dr. Buchholz weist weiter darauf hin, dass eine Taskforce Tourismus eingerichtet worden sei, in die ganz viele Akteure aus dem Tourismus im Land mit eingebunden seien und in der man sich über einzelne Maßnahmen austauschen könne. Die Entscheidung müsse jedoch letztendlich vor Ort getroffen werden.

Er informiert weiter über die Öffnung der Gastronomie im Land ab dem kommenden Montag. Damit werden man zusammen mit Bremen das letzte Bundesland sein, das seine Gastronomie wieder komplett öffne. Zurück gehe das Datum 18. Mai 2020 auf eine Einigung der norddeutschen Wirtschaftsminister, die im Laufe der Zeit dann aber von anderen norddeutschen Bundesländern nicht mehr eingehalten worden sei. In Schleswig-Holstein habe man sich dazu

entschieden, es bei diesem Datum zu belassen, um den Gastronomen die Chance zu geben, bis dahin ein gutes Hygiene- und Sicherheitskonzept zu erstellen. Mit der Regelung in Schleswig-Holstein müsse man bei gastronomischen Angeboten für 50 Personen aufwärts sein Konzept durch das Gesundheitsamt absegnen lassen. Bei bis zu 50 Personen reiche es aus, das Konzept auf Nachfrage des Ordnungsamtes vorlegen zu können. Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine Handreichung seines Hauses für das Hotel- und Gaststättengewerbe, das er dem Ausschuss ebenfalls gern zur Verfügung stellen werde ([Umdruck 19/4027](#)).

Minister Dr. Buchholz erklärt, ihm sei es wichtig gewesen, die Beherbergung und die Gastronomie zu einem gemeinsamen Termin wieder zuzulassen, da es sonst zu Verwerfungen gekommen wäre. Man habe sich auch dagegen entschieden, zunächst schon kleinere Einheiten oder nur Menschen aus dem eigenen Bundesland in den Restaurants zuzulassen, da diese Form im Zweifel nicht wirtschaftlich gewesen wäre und auch zu Verwerfungen geführt hätte.

Zusammenfassend stellt Minister Dr. Buchholz fest, dass Schleswig-Holstein mit seinen vorgesehenen Schritten zur Wiedereröffnung der Infrastruktur einen gesunden Weg zwischen Freiheit und Verantwortung gehe.

In der anschließenden Aussprache möchte zunächst Abg. Kilian wissen, ob die Sorge von manchen Gastronomen berechtigt sei, dass bei einer positiven Testung einer ihrer Gäste im Zweifel für den gesamten Betrieb eine Quarantäne angeordnet werde. - Minister Dr. Buchholz verweist auf die Nummer 4.8 der Handreichung für das Gastronomiegewerbe ([Umdruck 19/4027](#)), in der dazu Stellung genommen werde. Kurz zusammengefasst müsse ein Gast, der positiv getestet worden sei, innerhalb von 24 Stunden nach Hause geschickt werden. Im Einzelfall könne auch die gesamte Schließung eines Hotels angezeigt sein. Diese Frage werde von den Gesundheitsämtern vor Ort bewertet und entschieden.

Im Zusammenhang mit Nachfragen von Abg. Poersch bestätigt Minister Dr. Buchholz noch einmal, dass es einen Austausch der Landräte untereinander über die Maßnahmen gebe, die im Zusammenhang mit der Öffnung des Tourismus jetzt vor Ort erfolgen sollten. Er könne jedoch nicht sicherstellen, dass alle Maßnahmen gleichförmig und über die Kreisgrenzen hinweg getroffen würden. Das halte er auch nicht für sinnvoll, habe aber vollstes Vertrauen, dass die Landrätinnen und Landräte im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Verantwortung auch angemessene Entscheidungen trafen. Die Kompetenz zur Beurteilung der Lage im Einzelfall liege bei den Gesundheitsämtern vor Ort. In der Handreichung des Landes werde nur der Katalog



der Möglichkeiten von Maßnahmen aufgezählt. Er könne bestätigen, dass die Landespolizei den Kommunen ihre Unterstützung für einzelne Maßnahmen auch über den normalen Bäderdienst hinaus zugesagt habe. In der Handreichung des Landes zur Beherbergung und Gastronomie, [Umdruck 19/4027](#), werde auch ausdrücklich auf das DEHOGA-Papier mit seiner Exit-Strategie-Empfehlung für Hotellerie und Gastronomie in Schleswig-Holstein Bezug genommen.

Abg. Schnurrbusch lobt die Landesregierung für ihren Einsatz in der Coronapandemie und die getroffenen Maßnahmen. Er freue sich natürlich, dass es ab Montag mit dem Tourismus im Land wieder losgehe.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Minister Dr. Buchholz zum Arbeitsmarkt fragt er, ob es schon Erkenntnisse dazu gebe, dass man sozusagen auf einen Knick bei den Auszubildendenzahlen zulaufe, da teilweise die Gesellenprüfungen durch die Coronapandemie hätten ausfallen müssen. - Minister Dr. Buchholz antwortet, zurzeit habe er keine Berichte darüber, dass es Einschränkungen im Bereich der aktuellen Ausbildungs- oder Prüfungssituation im Land gebe. Wenn es Informationen unter den Abgeordneten dazu gebe, dass es hier zu Problemen komme, bitte er um eine Information.

Abg. Schnurrbusch möchte wissen, ob man im produzierenden Gewerbe nicht durch eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung, beispielsweise durch das Zulassen von Arbeit an Feiertagen, Sonntagen und von Mehrarbeit, das Hochfahren der Wirtschaft erleichtern könne. - Darauf antwortet Minister Dr. Buchholz, seine grundsätzliche Auffassung zur Sonntagsarbeit und stärkeren Flexibilisierung der Arbeitszeiten sei bekannt, er habe allerdings nicht vor, die Sonntagsarbeitszeiten oder eine generelle Flexibilisierung der Arbeitszeiten in dieser Zeit der Pandemie zu einem grundsätzlichen Thema zu machen, denn dafür werde es im Moment weder bei den Gewerkschaften noch bei den Kirchen Verständnis geben.

Im Zusammenhang mit einer Nachfrage von Abg. Dr. Tietze weist er darauf hin, dass Ferienwohnungen für ihre Belegung ebenfalls der Kontaktbeschränkungsverordnung des Landes unterlägen. Das bedeute also, auch dort gelte, dass man nur mit Personen aus der eigenen Familie oder aus einem weiteren Haushalt zusammen untergebracht werden dürfe.

Abg. Vogel fragt noch einmal nach den Plänen der Landesregierung zum Hochfahren des Bus- und Bahnverkehrs. - Minister Dr. Buchholz hält es für ein Dilemma, jetzt den Schulbetrieb wieder hochfahren zu wollen und gleichzeitig eine Möglichkeit finden zu müssen, wie die Schülerbeförderung entsprechend der Hygiene- und Sicherheitsanforderungen während der Pandemie sichergestellt werden könne. Dieses Problem bestehe auch für den Pendlerverkehr in allen Verkehrsmitteln, also auch in der Bahn, insbesondere zu Stoßzeiten. Deshalb sei dort vorübergehend auch die Maskenpflicht eingeführt worden; diese sei zwar nicht ausreichend, aber besser als nichts. Mehr Zugmaterial oder mehr Personal stünden nicht zur Verfügung, deshalb könne man darüber das Problem nicht lösen. Bei der Schülerbeförderung sei er nach wie vor der Auffassung, dass die Verantwortlichen vor Ort mit den Bildungsträgern gemeinsam dazu kommen sollten, durch unterschiedliche Anfangszeiten zu einer Entzerrung zu kommen. Er könne das nur anregen. Das gelte auch für Arbeitgeberinnen und -geber, die es ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen sollten, flexibel und zu unterschiedlichen Zeiten morgens mit der Arbeit zu beginnen, um so Stoßzeiten im ÖPNV zu entzerren. Aber für die Lösung des Problems gebe es leider kein Patentrezept.

Abg. Harms erklärt, in die Verhandlungen mit dem Bund zu den Regionalisierungsmitteln müsse man aus seiner Sicht mit dem Hinweis reingehen, dass die Erhöhung der Regionalisierungsmittel vor Corona zur Realisierung bestimmter bereits bestehender Bedarfe erfolgt sei. Diese Bedarfe gebe es nach wie vor. Deshalb müssten die Mittel durch den Bund jetzt erneut aufgestockt werden, um auch die Auswirkungen der Coronapandemie mit auffangen zu können. Aus seiner Sicht sei es sehr viel sinnvoller, jetzt mehr Geld in den ÖPNV zu stecken als beispielsweise in eine Abwrackprämie. - Minister Dr. Buchholz bestätigt, dass man auch aus seiner Sicht so in die Verhandlungen mit dem Bund hineingehen müsse. Allerdings habe der Bund bisher gesagt: Nein, keinen Cent mehr! Vor dem Hintergrund habe er angeboten, in diesem Bereich verstärkt auch Landesmittel einzusetzen. Festzustellen sei, dass grundsätzlich die Abstimmung der Verkehrsminister untereinander sehr gut funktioniere, in dieser Frage gebe es jedoch unterschiedliche Auffassungen.

Die Frage von Abg. Vogel, welche Maßnahmen es im Zusammenhang mit den Saisonarbeitskräften im Land, beispielsweise für die Ernte von Spargel, Erdbeeren oder auch im Bereich der Baumschulen, gebe, verweist Minister Dr. Buchholz auf die Zuständigkeit des Sozialministers. Minister Dr. Garg habe bereits in der letzten Arbeitsministerkonferenz - noch vor der Coronazeit - einen Antrag ein- und auch durchgebracht, mit dem eine Verschärfung der Auf-

lagen für die Unterbringung der Arbeitskräfte gefordert werde. Dieser Antrag sei von allen Arbeitsministern der Länder mitgetragen worden. Grundsätzlich obliege die Kontrolle der Arbeitsbedingungen und auch der Unterbringung dieser Arbeitskräfte den Gesundheitsbehörden. Allen Beteiligten sei jedoch klar, dass es hier ein großes Problem gebe, da die Saisonarbeitskräfte oft nicht in Betriebswohnungen untergebracht seien, sondern in Privatwohnungen. Damit entziehe man sich auch der Kontrolle durch die Gesundheitsämter.

Auf Nachfrage von Abg. Harms bestätigt er, dass ab Montag auch ein spontaner Besuch von Restaurants und Cafés im Land möglich sein werde, wenn dort ausreichend Sitzplätze vorhanden seien. Er appelliere jedoch an Gastronomen und auch Besucher der Gastronomie, die Reservierungspflicht, die zunächst grundsätzlich bestehen werde, auch als Chance zu begreifen.

Auch er sehe, dass Reisebüros einer der größeren Verlierer der Coronapandemie seien. Die Frage von Abg. Harms, inwieweit hier noch weitere Hilfen geplant seien, beantwortet er dahingehend, zunächst warte die Landesregierung ab, ob der Bund für diese Branche noch zusätzliche Hilfen auf den Weg bringen werde. Für den Fall, dass von dort nichts komme, sei das Land dabei, auch an eigenen Hilfen zu arbeiten.

Die Frage von Abg. Hölck, ob bei einem Gästewechsel für den Beherbergungsbereich ab Montag eine Karenzzeit vorgesehen werde, bis das Zimmer oder die Wohnung wieder belegt werden dürfe, verneint Minister Dr. Buchholz. Es seien lediglich bestimmte Hygieneregeln einzuhalten, also eine gründliche Reinigung.

## **2. Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus zum aktuellen Sachstand zu den Coronahilfen und den Förderprogrammen des Landes**

Minister Dr. Buchholz berichtet, bei der Soforthilfe I des Bundes lägen inzwischen rund 56.000 Anträge vor. 11.100 davon seien nicht förderfähig oder nicht vollständig gewesen. Für die übrigen Anträge sei eine Summe in Höhe von etwa 325 Millionen € ausgezahlt worden.

Bei der Soforthilfe II des Landes, mit der Liquiditätsengpässe überbrückt werden sollten, seien ungefähr 2.280 Einträge eingegangen, von denen 190 nicht förderfähig gewesen seien und sich jetzt noch 400 in der Bearbeitung befänden. Endbearbeitet und ausgezahlt worden seien Gelder in Höhe von etwa 44,25 Millionen €. Es zeige sich, dass bei diesem Programm gegebenenfalls durch eine Umschichtung auch noch für weitere Förderprogramme Luft sei.

Im Bereich des Mittelstandssicherungsfonds, dem Darlehensprogramm des Landes für den Hotel- und Gastronomiebereich, seien etwa 1.100 Anträge eingegangen. Davon seien 100 Anträge abgelehnt worden, 0,7 % befänden sich noch in der Bearbeitung. In Form von Darlehen seien bis jetzt insgesamt etwa 136 Millionen € verausgabt worden.

Minister Dr. Buchholz führt weiter aus, dass derzeit in seinem Haus über eine Ausweitung der Fördermöglichkeiten und auch das Aufstellen neuer Förderprogramme für bestimmte Bereiche nachgedacht werde. Erst einmal müsse man aber abwarten, was auf Bundesebene noch in Gang gesetzt werde. Es sei wichtig, dass man mit Augenmaß vorgehe und nicht willkürlich bestimmte Berufsgruppen stütze, andere dagegen nicht. Man werde erst im Laufe der nächsten Wochen und Monate sehen, wo die Not am größten sei. Darüber hinaus müsse man im Auge behalten, dass man auch für den Fall handlungsfähig bleiben müsse, dass beispielsweise in einzelnen Regionen, in bestimmten Kreisen, ein Shutdown notwendig sein werde. Dafür müsse ebenfalls Vorsorge getroffen werden.

Mit dem Bund sei man außerdem im Gespräch darüber, dass für diejenigen Branchen, die auch über den 31. Mai 2020 hinaus weiter geschlossen bleiben müssten, für weitere drei Monate eine Unterstützung durch den Staat erfolge. Wirtschaftsminister aus anderen Bundesländern unterstützten diesen Ansatz, derzeit sehe der Bundeswirtschaftsminister das aber noch nicht so.

### **3. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand zur Zukunft der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft und Beschäftigten**

Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD)

[Umdruck 19/3989](#)

(Teile des Punktes werden ggf. gemäß § 17 Absatz 2 GeschO i. V. m. Artikel 23 Absatz 3 LVerf nicht öffentlich und vertraulich beraten)

Nach einem nicht öffentlichen Beratungsteil (siehe nicht öffentlicher Teil der Niederschrift) von 11:38 bis 11:44 Uhr, berichtet Minister Dr. Buchholz zunächst in einem öffentlichen Sitzungsteil.

Dazu führt er aus, bekannt sei, dass bei der Werft Flensburger Schiffbau-Gesellschaft (FSG) eine Insolvenz in Eigenverantwortung eingeleitet worden sei. Sein Eindruck sei, dass diese Insolvenz in Eigenverantwortung und Eigenverwaltung positiv umgesetzt werde und es der Werft gelingen könne, dadurch eine positive Fortführung ihres Betriebes zu ermöglichen. Er sei deshalb heute optimistisch, dass es der Werft mit Schiffbauaufträgen, die eine gewinnbringende Perspektive für die Werft hätten, gelingen werde, aus dieser Insolvenz herauszukommen.

Der Ausschuss setzt seine Beratungen in einem nicht öffentlichen Sitzungsteil fort (siehe nicht öffentlicher Teil der Niederschrift).

#### **4. Mindestlohn auch für Jugendliche**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1864](#)

(überwiesen am 12. Dezember 2019 an den **Wirtschaftsausschuss**,  
den Sozialausschuss und Bildungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/3564, 19/3664, 19/3683, 19/3691, 19/3728,](#)  
[19/3736, 19/3743, 19/3745, 19/3746, 19/3749,](#)  
[19/3750, 19/3757, 19/3759, 19/3760, 19/3761,](#)  
[19/3774](#)

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

## 5. **Klimaschutz im Straßenverkehr - jetzt!**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1899](#)

(überwiesen am 22. Januar 2020 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/3601](#), [19/3754](#), [19/3765](#), [19/3773](#), [19/3782](#),  
[19/3783](#), [19/3796](#), [19/3805](#), [19/3806](#)

Einstimmig schließen sich die Ausschussmitglieder dem Verfahren des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses an und bitten um nachrichtliche Einladung zur geplanten mündlichen Anhörung.

## 6. **Arbeits- und Gesundheitsschutz in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1756](#)

(überwiesen am 22. Januar 2020 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Große Anfrage der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1394](#)

hierzu: [Umdrucke 19/3622](#), [19/3701](#), [19/3730](#), [19/3744](#), [19/3799](#),  
[19/3800](#), [19/3804](#), [19/3812](#), [19/3825](#), [19/3827](#),  
[19/3828](#), [19/3835](#), [19/3836](#), [19/3837](#)

Zu dieser Vorlage schließt sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Sozialausschusses an.



## 7. **Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1931](#)

(überwiesen am 23. Januar 2020 an den **Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europa-ausschuss und den Bildungsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

## **8. Autozugverkehre Sylt in Nahverkehr integrieren**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
FDP

[Drucksache 19/1536](#)

(überwiesen am 29. August 2019)

hierzu: [Umdruck 19/3964](#)

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, verweist auf ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes, das dem Ausschuss mit [Umdruck 19/3964](#) zugegangen sei. Er schläge vor, die Beratungen in der heutigen Sitzung abzuschließen und dem Plenum eine Beschlussempfehlung zu dem Antrag zuzuleiten.

Der Ausschuss schließt sich diesem Verfahrensvorschlag an und seine Beratungen zu der Vorlage ab.

Einstimmig empfiehlt er dem Landtag die unveränderte Annahme des Antrags der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Autozugverkehre Sylt in Nahverkehr integrieren, [Drucksache 19/1536](#).

## 9. **Fahrverbot beim Wenden in der Rettungsgasse**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1532](#)

(überwiesen am 20. Juni 2019 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Vogel stellt fest, dass sich der Antrag inzwischen inhaltlich erledigt habe. Er könne deshalb für seine Fraktion erklären, dass dieser zurückgezogen werde.

Dennoch halte er es für erstaunlich und etwas schräg, wie die Landespolizei mit dem damals aktuellen Fall, der Hintergrund für den Antrag der Fraktion der SPD gewesen sei, umgegangen sei. - Abg. Kilian stellt fest, der Antrag der Fraktion der SPD basiere auf einer falschen dpa-Meldung, denn schon damals habe die Möglichkeit der Verhängung eines Fahrverbotes bestanden. Das habe aus seiner Sicht nichts mit der Kommunikation in der Landespolizei zu tun.

Der Ausschuss schließt damit seine Beratungen zu der Vorlage ab.

**10. Verbraucherinnen und Verbraucher im Diesel-Skandal schützen:  
Einführung der Musterfeststellungsklage**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/145](#)

**Emissionssenkung im Straßenverkehr**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/203](#)

(überwiesen am 20. September 2017 an den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss schließt seine Beratungen zu den Vorlagen ab und empfiehlt dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss bei Enthaltung der SPD mit den Stimmen der übrigen Mitglieder des Ausschusses, die Anträge dem Landtag zur Erledigung vorzuschlagen.

**11. Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2107](#)

(überwiesen am 8. Mai 2020)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Die Anzuhörenden sollen bis Ende Mai 2020 gegenüber der Geschäftsführung benannt werden.

**12. Landesweit kostenloses freies WLAN**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2041](#)

(überwiesen am 8. Mai 2020)

- Verfahrensfragen -

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

**13. Bericht zur Vermietung von Ferienunterkünften über Online-Buchungsportale**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2120](#)

(überwiesen am 8. Mai 2020 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, sich zu der Vorlage dem Votum des federführenden Finanzausschusses anzuschließen.

## **14. Verschiedenes**

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, informiert über einen ersten Test des von Dataport zur Verfügung gestellten Videokonferenztools mit dem Ziel der Nutzung von Videokonferenzen für die Durchführung von Ausschusssitzungen durch die Landtagsverwaltung.

Auf Wunsch von Abg. Vogel informiert Minister Dr. Buchholz kurz darüber, dass die DEGES mit Vermessungsvorbereitungen für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie, die Grundlage weiterer Planungen werden solle, auf der A 23 begonnen habe.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Dr. Andreas Tietze  
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin